

Stolper Post

**Tageszeitung
für Stadt und Land**



**Amliches
Anzeigen-Blatt**

Die „Stolper Post“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt für den Monat 75 Pfennig; durch die Post bezogen 80 Pfennig ausschließlich Bestellgeld. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 7-gespaltene Beizeile oder deren Raum 20 Pfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Pfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 25% Nachlaß; die 3-gespaltene Reklamzeile 60 Pfennig. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr des Erscheinungstages.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nummer 249

Stolp, Montag, den 24. Oktober 1927

51. Jahrgang

Der Braunkohlenstreik beendet.

Berlin, 22. Oktober. Der zur Beilegung der Lohnstreitigkeit im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau am 21. Oktober gefällte Schiedsspruch ist vom Arbeitgeberverband abgelehnt und von den Arbeitnehmerverbänden angenommen worden. Die Arbeitnehmer haben darauf die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches beantragt. Dem Antrag ist vom Reichsarbeitsminister entsprochen worden.

Ueber die Situation bei Ende des Bergarbeiterstreiks gibt der deutsche Braunkohlenindustrieverein folgenden Bericht aus: „Der vom Schlichter am 21. Oktober dieses Jahres abends in dem Braunkohlenbergarbeiterlohnstreik gefällte Schiedsspruch ist von Arbeitnehmerseite angenommen und seine Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeitsministerium beantragt worden. Das Reichsarbeitsministerium hat auf Grund dieses Antrages die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen. In der Begründung hierzu wird betont, die Einigung der Parteien sei trotz mehrfacher Vermittlungsversuche nicht zu erzielen gewesen und die Durchführung des Schiedsspruches sei nunmehr im öffentlichen Interesse dringend geboten. Damit hat der Lohnstreik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sein Ende erreicht.“

Ueber die Beschäftigung der bestreikten Braunkohlenwerke sind für den 19. und 20. Oktober folgende Angaben zu machen. Die Förderung belief sich am 19. und 20. Oktober auf 43,5 Prozent der durchschnittlichen täglichen Förderung im Monat September. Diese Förderung wurde erzielt von einer Belegschaft von 12676 Mann, die 23,4 Prozent der Normalbelegschaft ausmachen. Am 20. Oktober betrug die Förderung 44,7 Prozent der durchschnittlichen täglichen Septemberförderung. Die Belegschaft hatte sich an diesem Tage auf 11674 Mann, d. h. 21,9 Prozent der Normalbelegschaft, verringert. Die Förderung ist demnach gestiegen, obwohl die Zahl der Arbeitswilligen weiter zurückgegangen ist. Entgegen anders lautenden Nachrichten ist festzustellen, daß es technisch durchaus möglich ist, diese verhältnismäßig hohe Förderung mit geringer Belegschaft durchzuführen.

Erste Forderung auf Kohlenpreiserhöhung.
Berlin, 22. Oktober. Das mitteldeutsche Braunkohlenprodukt und das ostelbische Braunkohlenprodukt haben die sofortige Einberufung einer gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates mit der Tagesordnung: Neuregelung der Preise für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, beantragt.

Brauns über den Kohlenstreik.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 22. Oktober.

Ohne Aussprache nahm der Reichstag zunächst in allen drei Lesungen an ein Gesetz über die Mündelsicherheit von Wertpapieren, die nicht auf Reichsmark, sondern auf Goldmark usw. lauten, ferner das Internationale Übereinkommen über Krankenversicherung und eine Novelle zum Schutz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft, die die Aufsicht über die Ausführung des Gesetzes regelt.

Darauf wurde die am Freitag abgebrochene 1. Lesung der Novelle zum Versorgungs-gesetz (Erhöhung der Kriegsbeschädigtenbezüge) fortgesetzt.

Abg. Weber-Düffelbors (Kom.) fordert weitergehende Rechte für die Kriegeshinterbliebenen.

Abg. Dietrich-Franken (Nat.-Soz.) wirft den Kommunisten vor, daß sie mit ihren übertriebenen Forderungen die Kriegesopfer nur schädigen.

Abg. Tiedt (Linker Komm.) fordert vor allem eine Erhöhung der Rente für die erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten. Die Vorlage wird dann dem Ausschuss für Kriegsbeschädigtenfragen überwiesen.

Auf der Tagesordnung stehen dann die Interpellationen der Sozialdemokraten und des Zentrums über den mitteldeutschen Bergarbeiterstreik.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns weist darauf hin, daß der Schiedsspruch gestern gefällt worden sei, und daß er in den nächsten Stunden die Mitteilung der beiden Parteien zu dem Schiedsspruch erwarte. Falls nicht beide Parteien den Schiedsspruch annehmen, werde er sich noch heute über die Frage der Verbindlichkeitsklärung zu entscheiden haben. Aus der Tatsache, daß beide streitenden Parteien sich über die Einzelheiten einer evtl. Wiederaufnahme der Arbeit am Montag freiwillig geeinigt haben, dürfte man den Schluß ziehen, daß auf beiden Seiten der Wunsch und die Hoffnung auf Wiederaufnahme der Arbeit am Montag bestehen.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) betont, daß nach dieser Erklärung es in diesem Augenblick durchaus verfehlt wäre, die Dinge im Reichstag zu behandeln. Er beantragte für die Regierungsparteien die Absehung der Interpellation von der Tagesordnung.

Abg. Roenen (Komm.) erklärt, gerade wenn der Minister heute noch zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen müsse, sei zu fordern, daß auch die Stellung des Reichstages zu dem Schiedsspruch festgestellt werde. Es heiße den Reichstag wie Schulhuben behandeln, wenn man ihn gerade im Augenblick der Entscheidung nach Hause schicke.

Abg. Wels (Soz.) weist darauf hin, daß der Riesenkampf im Braunkohlengraben mit Energie und Ruhe und ohne Ausschreitungen geführt worden sei. Der Redner trat für Besprechung der Interpellation ein.

Nach weiterer Aussprache stellt Präsident Lobe fest, daß insolge des Widerspruchs der Reichsregierung die Besprechung nicht erfolgen könnte. Auch die kommunistischen Anträge auf Gewährung von Erwerbslosenunterstützung an die streikenden Bergarbeiter und das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsarbeitsminister werden von der Tagesordnung abgesetzt. Dagegen stimmen nur die Sozialdemokraten und Kommunisten.

Es folgt die erste Beratung des Abkommens mit der Regierungskommission des Saargebietes über die Sozialversicherung im Saargebiet.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) verlangt Hilfsmaßnahmen für die 46 000 armen Sozialversicherten an der Saar. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss solle feststellen, ob die Regierung ihre Pflicht getan habe.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erhebt Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) Einspruch mit dem Hinweis darauf, daß er nicht genügend Redezeit gehabt habe. Im Hause entsteht eine ungeheure Erregung, die sich in Entrüstungsrufen gegen die Nationalsozialisten Luft macht.

Der Präsident stellt fest, daß, wenn die Vorlage heute nicht verabschiedet wird, die armen Sozialrentner des Saargebietes bis zum Januar nicht in den Genuß der Erhöhungen treten können. (Lebh. hört, hört!) Auf die Vorhaltungen des Präsidenten erwidert Abg. Stöhr, daß er trotzdem an seinem Widerspruch festhalte. Die Abgeordneten der anderen Parteien geben ihrer Empörung in lauten Zurufen Ausdruck. Der Präsident stellt fest, daß es in der Geschichte des Reichstages noch nicht vorgekommen sei, daß jemand ohne jeden Grund in dieser Weise die Verabschiedung einer Vorlage verhindere, die armen Sozialrentnern einen Vorteil bringen sollte. Die Öffentlichkeit müsse auf diesen Vorgang aufmerksam gemacht werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Koch (Dem.) stellt fest, daß die übergroße Mehrheit des Hauses in dem Vorgehen der Nationalsozialisten einen ungeheuerlichen Mißbrauch der Rechte einer kleinen Minderheit sehe. Dieses Vorgehen müsse in der schärfsten Weise gebrandmarkt werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Leicht (Bayer. Vp.) betont, es sei ein Trauerspiel, das von einer verschwindend kleinen Minderheit des Reichstages hier aufgeführt werde. Den Schaden hätten die armen Saarleute zu tragen.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) verweist auf die Bestimmung, wonach in außergewöhnlichen Fällen der Reichstag von der Geschäftsordnung abweichen könne.

Abg. Graf Westarp (Deutschn.) schlägt vor, dem Abg. Stöhr eine weitere Stunde Redezeit zu bewilligen, wenn er seinen Widerspruch gegen die dritte Lesung zurückziehe.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) hält unter großer Erregung des Hauses trotzdem an seinem Widerspruch fest.

Auch gegen den Vorschlag des Abg. Kahl erheben die Nationalsozialisten Einspruch.

Damit ist diese Angelegenheit erledigt. Die dritte Lesung kann nicht erfolgen.

Das Haus vertagt sich. Der Präsident schlägt vor, die nächste Vollsitzung am 22. November abzuhalten. Das Haus beschließt demgemäß.

Zum Schluß der Sitzung macht der Präsident noch Mitteilung von dem plötzlichen Ableben des Abg. Wormit (Deutschn.), der in Ostpreußen gewählt war.

Köhler verhandelt mit Gilbert.

Amlich wird mitgeteilt: Zu den verschiedenen Pressemelungen über einen angeblichen Schritt des Generalagenten für Reparationszahlungen aus Anlaß der zur Zeit dem Reichstag unterbreiteten Gesetzesvorlagen erfahren wir folgendes:

Im Zuge der zwischen dem Reichsminister der Finanzen und dem Generalagenten für Reparationszahlungen seit längerem gepflogenen Erörterungen über die Finanz-, Kredit- und gerem gepflogenen Erörterungen über die Finanz-, Kredit- und den Dawesplan, hat der Generalagent dem Reichsfinanzminister eine Darlegung seiner Auffassung über das öffentliche Finanzwesen und über die Kreditpolitik in Deutschland über-

sendt. Diese Darlegung legt den weiteren Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Generalagenten zugrunde, die bereits begonnen haben.

Stresemannrede in Ciegniß.

Auf einer gemeinsamen Tagung der drei schlesischen Wahlkreisverbände der Deutschen Volkspartei hielt Reichsminister des Inneren Dr. Stresemann am Sonnabend in Ciegniß eine große politische Rede. Einleitend wies er darauf hin, daß er nicht in erster Linie die außenpolitische Lage, sondern die gegenwärtige allgemeine Situation zum Mittelpunkt seiner Ausführungen machen wolle.

In ausführlicher Darlegung der wirtschaftlichen Lage betonte der Reichsminister, daß wir vom Standpunkt der gegenwärtigen Lage ohne Zweifel positive Ergebnisse buchen können: Rückgang der Arbeitslosigkeit und Zunahme der inneren Kraft. Das dürfe aber keineswegs dazu führen,

die wirtschaftliche Gesamtlage als gesichert anzusehen. Wir können, so erklärte Dr. Stresemann, angesichts der gesamtdeutschen Produktivkraft ausländische Anleihen noch weiterhin aufnehmen, aber zweifellos kann dies nicht eine Dauereinrichtung sein.

In der ganzen Ausgabenwirtschaft dürfen wir nicht dem Eindruck eines wohlhabenden Volkes erwecken, das wir in Wirklichkeit absolut nicht sind. Hand in Hand mit der Besoldungsvorlage muß eine weitgehende Verwaltungsreform gehen. Nach den notwendigen Ausgaben für Besoldungsreform und für das Liquidations-schadengesetz kann daher die Uebernahme weiterer Lasten durch das Reich bei dem Schulgesetz nicht in Betracht kommen.

In Bezug auf das Reichsschulgesetz erklärte der Minister, die Deutsche Volkspartei wünsche die freie Entwicklung aller Schularten sicher zu stellen. Aber sie werde nicht die Hand dazu bieten, durch Fortfall der finanziellen Verantwortlichkeit einen Anreiz zur Bildung neuer Schulen zu geben, sondern sei der Meinung, daß die Umbildung von Schulen nur dann zu erfolgen habe, wenn sie unter voller Verantwortlichkeit der beteiligten Länder und Gemeinden erfolge.

Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Fragen betonte Dr. Stresemann die Fortführung der Handelsvertragspolitik und wies dabei auf die Bedeutung des Handelsvertrages mit Frankreich hin. Auch

Die Verhältnisse in Polen
bedürften nach mehr als zweiseitigen Verhandlungen nunmehr der Regelung. Nachdem über das Niederlassungsrecht eine Vereinbarung möglich erschiene, müsse man jetzt an die Endverhandlungen über die wirtschaftlichen Fragen denken. Ohne Zweifel würden diese Verhandlungen schwierig sein, da beide Länder in den für Polen in Betracht kommenden Agrarprodukten selbst Produzenten seien, und da Rücksicht auf die Lage Ostpreußens geboten sei. Bei gutem Willen werde man aber auf beiden Seiten zu einer Verständigung kommen können.

Das Ziel der deutschen Außenpolitik.
Der Tagung der Wahlkreisverbände ging der Mittelschlesische Parteitag der Deutschen Volkspartei voraus, auf dem u. a. Reichstagsabgeordneter Frhr. v. Rheinbaben über die großen außenpolitischen Fragen sprach. Als das wichtigste Ziel stellte er die Freiheit Deutschlands hin. Wir wollen, so führte er aus, einen in sich zusammenhängenden, innerlich gesegneten Staat, dessen Territorium von ehemals feindlicher Befassung geräumt ist und dessen Volk- und Wirtschaftskraft zur Abzahlung der auferlegten Kriegsschuldigen nur so weit belastet ist, daß nach Zahlung jährlicher Leistungen ein im Vergleich auch zu anderen Kulturbölkern gesundes Maß von eigenem Wohlstand übrig bleibt. Wir sind von Poincaré um den vollen Erfolg der Locarno-politik getäuscht worden. Wir werden im Laufe des Frühjahrs und Sommers 1928 Frankreich erneut vor die Entscheidung stellen, ob es nach bisheriger Übung formalrechtlich die einzelnen Vertragsartikel so lange biegen und verbrehen will, bis es irgend einen Grund zur Nichterfüllung gefunden zu haben glaubt.

Neue französische Heße gegen Deutschland.

Frankreichs Angst vor einer Revision des Dawesplanes.

Paris, 22. Oktober. Die Angst vor einer Revision des Dawesplanes ist in Frankreich groß. Unter der Ueberschrift „Der Dawesplan gefährdet“, kommt Bertinax im „Echo de Paris“ auf das Schreiben Pariser Gilberts an die deutsche Regierung zu sprechen. Bertinax sagt, Pariser Gilbert hatte die deutsche Regierung verständigt, daß ihre Budgetpolitik auf dem Ruin des Dawesplanes aussehe; er habe daher die deutsche Regierung zur Ordnung gerufen (!). Die deutsche Regierung stelle den Grundsatz auf, daß alle Kapitalausgaben durch Anleihen und nicht durch Steuern zu decken seien. Daher gebe es in Deutschland ein gewöhnliches und ein außergewöhnliches Budget. Die Unklarheiten in den Berechnungen des Schatzamtes erlaubten es dem Finanzminister, nach seinem Gutdünken vorzugehen und die Ueberwachung des amerikanischen

Gummischuhe



Marken, die größte Strapazierfähigkeit gewähren
Niedrige Preise

Damen-Transparent-Ueberziehschuhe	bestes Fabrikat	2.95
Damen-Gummi-Ueberziehschuhe	bekanntes Erzeugnis	5.—
Damen-Gummischuhe	in verschiedenen Ausführungen	7.25
Herren-Gummischuhe	stabile Ware, beste Passform	8.—
Herren-Gummischuhe	mit Laschen, bestes Erzeugnis	8.50
Knaben- u. Mädchen-Gummischuhe	in bester Verarbeitung, von 6.50 an	6.50 an
Damen-Schneestiefel	eleganter Ueberziehtiefel, gutes Fabrikat	12.50
Herren-Schneestiefel	eleganter Ueberziehtiefel, beste Ausführung	16.50

GUSTAV ZEECK, STOLP

Ämtliche Bekanntmachungen.

Wegen Bormahme von Chauffierungsarbeiten wird der Balkmühlenweg vom Gutsweg nach St. Georg bis zur städtischen Kiesgrube während der Zeit vom 24. Oktober bis 15. November 1927 für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Stolp, den 21. Oktober 1927
Der Magistrat.

Ausschreibung.

Die Maler- und Töpferarbeiten beim Neubau des Dreifamilienwohnhauses in Glowitz sollen vergeben werden. Angebotsunterlagen sind für

Malerarbeiten zum Preise von 2. — Mark
Töpferarbeiten " " " 1,50 Mark

vom Kreisbauamt des Landkreises Stolp zu beziehen. Eröffnungstermin der verschlossenen und mit entsprechender Aufschrift versehenen Angebote findet am Montag, den 31. Oktober 1927 im Kreisbauamt (Kreishaus, Wasserstraße) Zimmer 25 um 10 Uhr vorm. statt.

Kreisbauamt des Landkreises Stolp.

**Manchesteranzüge
Manchesterjoppen
Manchesterhosen
Winterjoppen
Windjacken**

**Gefütterte Körperunterjacken
und Trikotasen aller Art**
in nur erstklassigen Qualitäten empfiehlt billigt

Lutters Bekleidungshaus
Jegst Mittelstraße 40.

Gelegenheitskäufe!

Damit sich auch der Vermiste für wenig Geld

einkleiden kann

getragene Anzüge, Militärzüge u. Mäntel
einzelne Jackets, Westen, Schuhe, Stiefel,
Damen- und Kinderkleidung aller Art,
gebrauchte gute Betten.

Ständiger Antauf und Verkauf.

Hospitalstraße 31.
Altwarenhandlung.

Unserer werten Kundschaft von Pottangow und Umgegend zur
gefl. Kenntnis, daß wir im Kolonialwarengeschäft des

Herrn Schulz, Pottangow

eine Wäsche-Aannahmestelle errichtet haben.

Die Wäsche wird durch unser Auto kostenlos abgeholt und wieder
zurück geliefert.

Für Stolp die Annahmestelle im Zigarrengeschäft des

Herrn Bruno Kamiensky,
Töpferstadt 13.

Erste Stolper Dampfwäscherei Schulz & Wendt
Fernruf 806 Inh. Gustav Wendt Amtsstr. 8.

Vor Not

Im Krankheitsfall

schützt

Sie die

Selbsthilfe

Krankenversicherung für den Mittelstand a. G.

Bei völlig freier Arztwahl

erhalten Sie neben anteilmässiger Erstattung
der Arzt-, Apotheker- und Operationskosten

auch Wochenhilfe

Krankenhausbeihilfe

Sterbegeld

Vor kurzem erfolgten

wesentliche Leistungsverbesserungen

durch Erstattung kleiner Heilmittel

Trotzdem nur niedrige Beiträge

Verlangen Sie unverbindlichen Besuch eines Vertrauensmannes von der

Bezirksdirection für Pommern u. Mecklenburg

Stettin, Augustastrasse 15/17 Pommershaus.

**Tüchtige Vertreter bei hohen
Bezügen allerorten gesucht!**

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangs-
vollstreckung soll am 14. De-
zember 1927, vormittags
9 Uhr — an der Gerichtsstelle,
Zimmer Nr. 2 — versteigert
werden das im Grundbuche
von Stolp Band III/6 Blatt
Nr. 269 (eingetragener Ei-
gentümer am 17. August
1927, dem Tage der Ein-
tragung des Versteigerungs-
vermerks: Der Architekt
Emil Burow in Stolp)
eingetragene Grundstück ein
Stallgebäude und Werkstat-
tgebäude an der Wilhelm-
straße, Gemarkung Stolp,
Kartenblatt 28, Parzelle 382,

57,
13 a 82 qm. groß, Grund-
steuer Mutterrolle Art. 2735
Nutzungswert 1090.— M.,
Gebäudesteuerrolle Nr. 706.
Gemäß § 18 Zwangsver-
steigerungsgesetz wird die
Trennung der Zwangsver-
steigerungsverfahren über
Grundstücke Stolp Band
III/6 Blatt Nr. 269 und
Blatt Nr. 279 ange-
ordnet, dieses Verfahren
geht nur weiter wegen des
Grundstücks Blatt 269 III/6,
wegen des Grundstücks Blatt
279 III/6 geht ein neues
Verfahren unter dem Alten-
zeichen 4. R. 46/27 weiter.

Es ergeht die Anfor-
derung, Rechte, soweit sie zur
Zeit der Eintragung des Ver-
steigerungsvermerks aus
dem Grundbuche nicht er-
sichtlich waren, spätestens
im Versteigerungstermine
vor der Aufforderung zur
Abgabe von Geboten anzu-
melden und, wenn der Gläu-
biger widerspricht, glaubhaft
zu machen, widrigenfalls sie
bei der Feststellung des ge-
ringsten Gebots nicht berück-
sichtigt und bei der Verteil-
ung des Versteigerungser-
löses dem Ansprüche des
Gläubigers und den übrigen
Rechten nachgesetzt werden.

Für 8,50 Mt.

auf mein Postcheckkonto ein-
gelandt erh. Sie einen kompl.
Turn-Apparat bestehend aus
Schaufelringen, Einhängen-
Trapez, Einlege-Schaukel.
Alle Teile sind answeisfel-
bar. 10mm weiße Hanfseile
m. Kaufchen, Eisenteile extra
stark, Holzringe, Trapez und
Schaufelbrett, 1 1/2 m kompl.
pro Garnitur 8,50 Mt., 2 m
kompl. pro Garnitur 8,80
Mt., 2 1/2 m kompl. pro Gar-
niture 9,20 Mt., 3 m kompl.
pro Garnitur 9,60 Mt.
1 Paar starke, eij. Schraub-
haken 0,40 Mt.

Weitervertrieb empfehlensw.
H. Balke Sohn
Hängemattenfabrik
Wolfenbüttel b. Braunschweig
Postcheck-Konto
Hannover 5146.
Gen. u. leserl. Adresse ang.

Der gute
Tapestry, Baergarn-
Velour-, Arminster-

Zeppia

immer konkurrenzlos
billig

Erich Deder

Möbelfabrik
22 Hospitalstraße 22

Corned Beef
im Aufschnitt
empfiehlt

Hermann Pagel
Rüsterstraße 15.

Stadtheater

Ruf 419.

Montag, den 24. Oktober
8 Uhr

Zum letzten Male!

„Drei arme
kleine Mädels“

Dienstag, den 25. Okt.
Erstaufführung!

„Hurra —
ein Junge“

**Obstbäume, Beerensträucher,
Biersträucher u. Heckenpflanzen**

empfiehlt

Carl Westphal's
Gartenbaubetrieb Stolp.